

Rechtsstaat und Lebenswirklichkeit: Abschiebungen trotz Integration

Sie lernen, arbeiten, zahlen Steuern und leben trotzdem täglich mit der Angst, aus ihrem neuen Alltag gerissen zu werden. Bei der Veranstaltung „Rechtsstaat und Lebenswirklichkeit“ im Frankfurt Welcome & Information Center wurden zwei Schicksale besonders greifbar: Sohail Hanifi und Radhwan Abdulla. Die Veranstaltung fand am Vorabend (9.12.2025) des Tages der Menschenrechte statt.

Sohail kam aus Afghanistan nach Deutschland, lebt hier im dritten Jahr, hat seinen Realschulabschluss gemacht und bereitet sich auf das Abitur vor. Er arbeitet hin und wieder im Betrieb seines Mentors Jan-Peter Eichhorn mit, der großes Potenzial in ihm sieht: „Sohail ist der geborene Unternehmer.“ Trotzdem soll der junge Mann abgeschoben werden – ein Schritt, der Eichhorn fassungslos macht: Warum jemanden fortschicken, der längst Teil der Gesellschaft ist?

Ähnlich ergeht es dem Kurden Radhwan Abdulla, der aus dem Irak stammt und seit vier Jahren in Deutschland lebt. Er suchte sich Arbeit und begann in einer Frankfurter Pizzeria als Tellerwäscher, lernte schnell und wurde zu einem unverzichtbaren Mitarbeiter: zuverlässig, engagiert, beliebt bei Gästen und Kollegen. Heute backt er Pizzen, bedient, trägt Verantwortung – und hat dennoch seinen Abschiebungsbescheid erhalten. Sein Arbeitgeber und Freund Pino Fabricio Sanna kämpft öffentlich für ihn und hat eine Petition gestartet: „Wo finde ich auf diesem Arbeitsmarkt einen so guten Mitarbeiter?“

Beide Fälle zeigen exemplarisch, was auf dem Podium diskutiert wurde: Trotz Integration, Ausbildung und Arbeit stehen motivierte Menschen vor der Rückführung in Länder, aus denen sie vor Krieg und Verfolgung geflohen sind.

Asylrecht - das Herz unserer Verfassung

Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg (Foto oben Mitte) mahnte, dass das Asylrecht „das Herz unserer Verfassung“ sei. Die Zahl der Abschiebungen in Hessen steigt dennoch drastisch – 2024 um 20 Prozent, Tendenz steigend. Der Politologe und Jurist Maximilian Pichl (Foto oben rechts), Professor für Soziale Arbeit in Frankfurt kritisierte gesetzliche Verschärfungen, die zu einer „Abschottungskultur“ führten, sowie Abschiebungen, die sogar in unsichere Staaten erwogen werden. Dabei hätten Kommunen durchaus Spielräume, die aber kaum noch genutzt

würden.

Pichl wunderte sich über die politische Kurzsichtigkeit zu glauben, mit Härte gegenüber Geflüchteten Parteien wie der AfD den Boden entziehen zu können. Alle Studien und beobachtbaren Entwicklungen würden das Gegenteil belegen, sagte Professor Pichl. „Und bürgerliche Parteien gehen durch dieses Rezept kaputt“, warnte der Jurist.



Abschiebungsbeobachterin Melisa Ergül-Puopolo berichtete, welche Härten Betroffene bei Abschiebungen treffen können. Foto: Peter Weidemann

Wie hart Abschiebungen Betroffene treffen können, schilderte Melisa Ergül-Puopolo, Abschiebungsbeobachterin der Diakonie Frankfurt und Offenbach am hiesigen Flughafen. „Hinter den statistischen Daten stehen Einzelschicksale“, sagte sie: Kinder, die im Schlafanzug aus dem Bett geholt werden, Menschen in Krankenhauskitteln, weil keine Zeit bleibt, eigenes Gepäck mitzunehmen. Viele wüssten nicht einmal, wohin sie geflogen werden. Ihre Beobachtungen machen sichtbar, welche humanen Kosten eine Politik der Verschärfung erzeugt.

Hoffnungszeichen

Um Betroffene besser zu schützen, wurde die Fachstelle Familiennachzug für Geflüchtete eingerichtet, die Beratung und Begleitung bietet. Eskandari-Grünberg fordert darüber hinaus einen politischen Kurswechsel: faire Asylverfahren, Schutz für vulnerable Gruppen und ein Bleiberecht für gut integrierte Menschen.

Auch Professor Pichl sieht bei aller nüchternen Bilanz Hoffnungszeichen: Die Zivilgesellschaft beginne, sich ähnlich wie in den USA zu organisieren. Asylbewerber würden in ihrem Umfeld unterstützt und gegen Abschiebebescheide verteidigt. Das tut auch not: Denn die Geschichten von Sohail und Radhwan zeigen, worum es geht: um Menschen! Mit Talenten und Möglichkeiten, die Deutschland gut gebrauchen kann.

[Evangelischer Regionalverband unterstützt Bündnis „Bildung statt Abschiebung“](#)

[Abschiebungsbeobachtung Frankfurt legt Tätigkeitsbericht 2024 vor](#)